

Sind 106 politische Parteien für eine Demokratie zu viel?

„In Kirgisien existieren mehr als 100 registrierte politische Parteien, wie viel Parteien benötigt denn ein Land, um tatsächlich demokratisch zu sein, je mehr desto besser?“, dies war wohl die am heftigsten diskutierte unter den Fragen, die Arnold Vaatz während seines Aufenthaltes in Bischkek/Kirgisien gestellt bekam.

Arnold Vaatz war einer Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung nach Kirgisien gefolgt, um hier mit Vertretern verschiedener Parteien über die Rolle der politischen Parteien in einem demokratischen Staat zu diskutieren. Für die Menschen in Kirgisien stellen Parteien inzwischen ein Grundpfeiler ihres politischen Systems dar, ihre Professionalisierung fehlt jedoch noch weitestgehend. Vaatz machte deutlich, um welchen außerordentlich bedeutenden politischen Schritt es sich für die europäischen Staaten handelte, als politische Parteien entstanden und die Monarchie immer weiter in den Hintergrund treten musste.

Besonders beeindruckte die Zuhörer allerdings, als der Abgeordnete aus Dresden ausführte, wie ausgeprägt die innerparteiliche Demokratie in Deutschland ist: in regelmäßigen Abständen müssen sich Mandatsträger innerparteilichen demokratischen Wahlen stellen. „Nur wenn ich diese zahlreichen und fast ständig stattfindenden Wahlen gegen meine innerparteilichen Konkurrenten gewinne, kann ich mich schließlich auch den Bürgerinnen und Bürgern zur Wahl stellen, die mich dann hoffentlich wieder in den Bundestag wählen“, so Vaatz.

Mit besonderem Interesse wurden auch die Ausführungen über die Parteiengerichte in

Deutschland aufgenommen. Diese Institution ist in Kirgisien bisher völlig unbekannt.

Schließlich klärte Vaatz auch die Frage, wie viele politische Parteien denn ein vorbildliches demokratisches System haben müsse. „Eine genaue Zahl kann man natürlich nicht vorgeben, letztendlich muss der Wähler durch seine Stimmabgabe entscheiden, wie viele politischen Parteien er für eine funktionierende Demokratie eines bestimmten Landes für richtig hält“, so Vaatz.

Kirgisien fühlt sich mehr europäisch als asiatisch, denn immerhin gehörte man vor der Selbständigkeit zur Sowjetunion, dessen Hauptstadt das europäische Moskau war. An dieser Europafreundlichkeit ändert auch die Tatsache nichts, dass der kleinste zentralasiatische Staat direkter Nachbar von China ist. So ist anzunehmen, dass sich die verbleibenden politischen Parteien nach einem Konsolidierungsprozess das europäische Parteienspektrum als Orientierung für die Formulierung ihrer Programmatik wählen werden.

Arnold Vaatz traf sich im Rahmen seines Besuches unter anderem mit Emek Ibraimov, dem stellvertretenden Außenminister der Republik Kirgisien, sowie mit zahlreichen Parteivorsitzenden, auch aus der Opposition.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung wird den Prozess der Professionalisierung der politischen Parteien weiter verfolgen und unterstützen. In der nächsten Woche ist ein Hearing im kirgisischen Parlament geplant. Hier soll dann über ein neues Parteiengesetz diskutiert werden. Der Leiter des Stiftungsbüros in Taschkent ist als Referent eingeladen.